

## Kurs halten - Erreichtes sichern - Zukunftsorientiert planen

### 2. Bürgermeister Helmut Dworzak zur Finanzsituation der Gemeinde Haar

Der Jahreswechsel 1991/92 ist ein Schnittpunkt in der Entwicklung der Gemeinde Haar. Unsere Zukunftsinvestitionen sind zwar nicht in Gefahr. Dank eines Rücklagenpolsters von 23 Mio. Mark. Manche Bürgerwünsche können allerdings nicht mehr wie bisher erfüllt werden. Die Gründe:

#### 1. Staatsregierung spart bei Gemeinden

Die bayerische Staatsregierung konzentriert ihre Sparbemühungen zunehmend auf den kommunalen Finanzausgleich. Und zwar in einem Ausmaß, daß sogar der bayerische Senat den Staatshaushalt 1992 zunächst ablehnte. Ein einmaliger Vorgang in der bayerischen Nachkriegsgeschichte.

#### 2. Senkung kommunaler Steueranteile

Bei der KFZ-Steuer eine Senkung des Anteils der Kommunen von 65% auf 60%, bei der Grunderwerbssteuer von bisher 80% auf 66%. Letzteres trifft uns in Haar besonders hart, weil 1992 im Zusammenhang mit dem neuen Ortsteil Eglfing größere Grundstücksbewegungen anstehen.

#### 3. Zusätzliche Aufgaben für Gemeinden

Außerdem geht der Staat dazu über, Aufgaben auf die Gemeinden abzuwälzen, ohne gleichzeitig für eine entsprechende Finanzierung zu sorgen. Stichwort Umweltschutz als Beispiel.

#### 4. Planung für ca. 4000 Neubürger

Infolge einer regen Bautätigkeit wird unsere Einwohnerzahl um ca. 4000 steigen. Auf vielen Sektoren - z.B. Jugendwohlfahrt, Bildung, Freizeit - muß deshalb schon jetzt so geplant werden, daß Mitte der 90er Jahre in den bisherigen Einrichtungen kein Gedränge entsteht. Das bedeutet: Die Ausgaben für die notwendigen Investitionen fallen kurzfristig an, die Einnahmen hinken einige Jahre hinterher.

#### Resignation gilt nicht

Warum habe ich diese 4 Punkte etwas ausführlicher behandelt? Nicht um beschwörend an der Klagemauer zu stehen. Resignation gilt nicht. Weder bei mir noch bei meinen politischen Freunden. Wir werden mit diesen unvorhergesehenen Engpässen fertig. Aber: Jede Mark, die außerhalb einer streng fixierten Finanzplanung ausgegeben werden soll, muß in den nächsten Jahren zweimal umgedreht werden. Und darauf sollten wir uns alle einstellen.

#### Wahlaussagen werden eingehalten

Wir könnten es uns jetzt einfach machen. Zum Beispiel einige Punkte aus

dem kommunalen SPD-Wahlprogramm 1990 streichen: "Wegen höherer Gewalt". Aber so gerät Kommunalpolitik leicht ins Zwielficht. Das ist die eine Seite. Die andere Seite: Auch vom Schuldenmachen halten wir nicht viel - eigentlich gar nichts. Dann bleibt neben eisener Haushaltsdisziplin nur noch eines übrig, nämlich alle großen Investitionen immer wieder darauf abzuklopfen, daß die in der mittelfristigen Finanzplanung vorgesehenen Eckdaten eingehalten werden. Und hier bin ich Optimist. Denn: Bei allen großen Bauvorhaben der letzten Jahre gab es in Haar keine Kostenüberschreitungen. Fast beispiellos im Großraum München. Großen Anteil daran haben auch unsere Architekten.

#### Gesagt - Getan

Ich könnte nun ein großes Zahlenfeuerwerk abbrennen. Mehr Klarheit bringen aber sicher wenige handfeste Fakten. Auf diese Weise kann später auch leichter überprüft werden, ob "Gesagt - Getan" deckungsgleich war. Nehmen Sie uns beim Wort:

#### 1. Freiwillige Leistungen

Bei allen freiwilligen sozialen und kulturellen Leistungen wird es keine Abstriche geben. Für 1992 wurden die Zuschüsse noch erhöht.

#### 2. Rentierliche Schulden

Bei unseren rentierlichen Schulden werden 1992 außerordentliche Tilgungen in Höhe von 1,3 Mio. Mark vorgenommen. Neue Kreditaufnahmen sind nur für rentierliche Einrichtungen vorgesehen, z.B. Wohnungsbau, Errichtung eines Wertstoffhofes.

#### 3. 58 Mio. Mark Investitionen

Für die Jahre 1992 - 1995 stehen 58 Mio. Mark zur Finanzierung an. Einige Beispiele:

- Sport- und Freizeitpark
- Erweiterung der Konrad-Volksschule
- Baukostenzuschuß für Kindergarten-Neubau in Eglfing
- Investitionszuschuß an den TSV-Haar für Sporthallen-Errichtung
- Erschließungskosten Eglfing

Weitere Beiträge sind für Wohnungsbau, Straßenbau, Kanalerweiterungen und für die Sanierung des Poststadels eingeplant.

### Wehrberger zum Siemens-Angebot

Der Bürgermeister antwortet auf Seite 4



1. Bürgermeister Hans Wehrberger und sein Stellvertreter Helmut Dworzak begutachten das Modell eines der neuen Verwaltungsgebäude, die im Gewerbepark Eglfing entstehen werden. Die Bürgermeister verbinden mit der Gewerbeausweisung vor allem zwei Ziele: Ein ausgewogenes Wohn- und Arbeitsplatzverhältnis und eine Stärkung der gemeindlichen Steuerkraft.

#### 2000 neue Arbeitsplätze

Beim Blick in die nähere Zukunft darf ein Faktum nicht vergessen werden: Im künftigen Gewerbegebiet Eglfing entstehen ca. 2000 neue, meist hochwertige Arbeitsplätze. Das ist sehr erfreulich, natürlich auch für unsere finanzielle Lage in der 2. Hälfte der 90er Jahre. Unsere Einnahmen im Einkommensteuer-Bereich und bei der Gewerbesteuer werden dann deutlich steigen. Falls nicht wieder an der Steuerschraube gedreht wird - zu Ungunsten der Kommunen. Wie gehabt!

#### Impressum:

Herausgeber:  
SPD-Ortsverein Haar  
Verantwortlich: Hugo Peer  
Grafik: Robert Würfl  
Fotos: Traudl Vater  
Autoren: Helmut Dworzak,  
Dr. Peter Paul Gantzer,  
Dr. Alfons Meindl, Hugo Peer,  
Hans Wehrberger  
Gesamtproduktion: printkonzept,  
H. Schmitz, Tel.: 0 89 / 7 21 12 75

**Bayerische Verfassung von  
1946  
Artikel 161:**

- (1) Die Verteilung und Nutzung des Bodens wird von Staats wegen überwacht. Mißbräuche sind abzustellen.
- (2) Steigerungen des Bodenswertes, die ohne besonderen Arbeits- und Kapitaleinsatz entstehen, sind für die Allgemeinheit nutzbar zu machen.

**Hans Wehrberger, 1. Bürgermeister der Gemeinde Haar**

# Kommunaler Wohnungsbau - die knallharte Wirklichkeit

An die Programmsätze der bayerischen Verfassung von 1946 sollte man schon von Zeit zu Zeit erinnern. Die schönen Absichtserklärungen von damals - Deutschland war ein Trümmerfeld - haben zwar keine rechtliche Bedeutung mehr, Bundesrecht trat an ihre Stelle. Die Folge: Auf dem Grundstücksmarkt wird heute knallhart spekuliert. Einziger Maßstab ist die maximale Rendite. Zwischen Nachfrage und Angebot klafft eine Lücke. Besonders in den Ballungsräumen.

Es gibt Gewinner und Verlierer. Letztere wenden sich in der Regel als erstes an ihre Gemeinde und erbitten

Hilfe. Das kann ich gut verstehen. Doch auch die Bürgermeister und die Gemeinderäte fühlen sich vom Landes- und Bundesgesetzgeber genauso im Stich gelassen wie die betroffenen Bürger. Was können wir vom Rathaus her tun? Die öffentliche Meinung aufrütteln, auf Baugesellschaften mit guten Worten (leider nicht mit Gesetzen oder Verordnungen) einwirken. Unsere Bundes- und Landespolitiker mit Material versorgen. All dies wird getan und darüberhinaus wird versucht, die uns verbleibenden Möglichkeiten optimal zu nutzen:

## 1. Vergrößerung des Wohnraumangebots

Wohngeld und Subventionen schaffen keinen neuen Wohnraum, vielmehr werden nur öffentliche Gelder umverteilt. Die Erhöhung des Baurechts in den alten Haarer Siedlungsgebieten und die Bauland-Ausweisung in Eglfing schaffen Wohnraum für ca. 4000 Menschen. Es entstehen günstige Mietwohnungen für einen Quadratmeterpreis unter 14 Mark.

## 2. Kommunaler Wohnungsbau

Die Gemeinde versucht ihre Grundstücksreserven für den Wohnungsbau optimal zu nutzen. Dies rechnet sich wie folgt:

Für 8 Wohnungen an der Mozartstraße muß die Gemeinde 1,2 Mio. Mark unverzinst zuschießen und das Grundstück zum Nulltarif einbringen. Zusammen mit einer Unterstützung des Landkreises von ca. 240.000 Mark kann so eine Quadratmetermiete um 11 Mark gesichert werden. Ein Mietpreis, der besonders für die Bevölkerungsschicht wichtig ist, deren Einkommen zwar über den Grenzen des Sozialwohnbaus liegt, aber für den freien Wohnungsmarkt zu gering ist. Dies betrifft vor allem junge Familien. Bitte prüfen Sie nochmals die Zahlen. Dann werden Sie feststellen, daß die Gemeinde nicht unbegrenzt Leistungen dieser Art erbringen kann. Hier ist in erster Linie Bonn zuständig.

## 3. Die Gemeinde als Großinvestor?

Sie alle kennen Erklärungen, am einfachsten wären die Wohnungsprobleme am Jagdfeld zu lösen, wenn die Gemeinde andere Investitionsvorhaben streicht und die freiwerdenden Mittel zum Kauf der Mietwohnungen im Jagdfeld einsetzt. Hört sich gut an. Keiner dieser "Vordenker" hat sich aber die Mühe gemacht, dazu eine Rechnung vorzulegen. Ich will's versuchen.

## 500 Mio. Mark Kredite

Es handelt sich um ca. 2000 Wohnungen. Angenommen, die jetzigen Eigentümer würden die Wohnungen zu einem Quadratmeterpreis von 3000 Mark verkaufen, dann müßte die Gemeinde 500 Mio. Mark Kredite aufnehmen. In der jetzigen Hochzinsperiode zu 9 - 10%. Jährliche Tilgung und Zinsen 50 Mio. Mark, umgerechnet auf den Quadratmeter Wohnfläche ergibt das 30 Mark Kaltmiete.

Nur mit einem Subventionsaufwand von annähernd ca. 2000 Mark je Quadratmeter Wohnfläche könnte die derzeitige Miete erhalten werden. Gleiches Recht gilt dabei für alle. Im Extremfall würde dies für die Gemeinde einen Finanzbedarf von ca. 300 Mio. Mark ergeben. Er wäre aus Eigenmitteln abzudecken. Dafür dürften weder Zins noch Tilgung angerechnet werden.

Die Utopie derartiger Vorstellungen ist klar. Selbst wenn die Gemeinde alle Investitionsvorhaben streichen würde,



Besorgte Bürger in der Jagdfeldsiedlung im Gespräch mit Bürgermeister Hans Wehrberger (Mitte) und 2. Bürgermeister Helmut Dworzak (2. von links). Die Gemeinde kann die Probleme weder finanziell noch durch gesetzliche Anordnungen regeln. Mieterhöhungen, Wohngeldfragen, Wohnungsumwandlungen fallen in die alleinige Zuständigkeit Bonns. Wehrberger: "Uns bleibt nur der Weg, zusammen mit den betroffenen Mietern für eine Änderung der derzeitigen gesetzlichen Rahmenbedingungen zu kämpfen."

## Landtagsabgeordneter Peter Paul Gantzer aus Haar

# Skandalöses Verhalten von Großvermietern



Die Hayhill - Firma schikaniert die Mieter des Jagdfelds mit Mieterhöhungen

und beruft sich dabei vor allem auf Gründe der Kostendeckung. Gleichzeitig läßt dieselbe Firma aber mindestens 13 Wohnungen im Bereich des Jagdfelds leerstehen. Der dadurch entstehende Einnahmeverlust wird praktisch auf die Mieter umgelegt.

Nun gibt es zwar eine Verordnung gegen Zweckentfremdung von Wohnraum, die auch dann anwendbar ist, wenn Wohnraum länger als drei Monate leersteht, obwohl eine Vermietung möglich und zumutbar wäre.

Aber leider gilt die Zweckentfremdungsverordnung nur in Ballungsräumen wie München oder Augsburg. Wir werden mit den zuständigen Ministerien alle rechtlichen Fragen abklären, um auch

für Stadtrandgemeinden wie Haar ein Umwandlungsverbot zu erreichen.

Gleichfalls ein Skandal ist, daß andere Großvermieter Geschäftsräume leerstehen lassen: So z.B. die alten Mieträume einer Bank im Jagdfeldzentrum oder das beliebte Café mit Pizzeria ISEO. Beide können wegen überzogener Mietvorstellungen nicht vermietet werden. Der Einnahmeverlust geht praktisch wieder zu Lasten der Mieter. Leider gibt es hiergegen keine gesetzliche Handhabe, weil es sich um Gewerberaum handelt. Aber bei den nächsten Mieterhöhungen sollte man dieses unsoziale Verhalten anprangern.

Peter Paul Gantzer, MdL

## Reinheitsgebot für das Haarer Wasser?

Machen wir uns nichts vor. Die Zeiten in denen Trinkwasser mit Mineralwasser vergleichbar war, sind endgültig vorbei. Zu vielfältig sind inzwischen die Quellen der Verschmutzung, die kurz oder lang das Grundwasser erreichen. Es sind die Opfer, welche die Bürger der Wohlstandsgesellschaft bringen müssen.

Trotzdem: wir dürfen nicht kapitulieren und in Resignation verfallen. Daß neuerdings in anderen Gemeinden schon Lösungsmittel im Trinkwasser gefunden werden, muß Anlaß sein zu handeln. Was das Haarer Trinkwasser betrifft, sollten vor allem die Nitratwerte und Werte für die Pflanzenschutzmittel ständig beobachtet werden. Dies ist garantiert durch ständig vorgenommene Messungen. Unsere Gemeinde ist hier vorbildhaft im Landkreis. Wir wissen dadurch, daß sich die Werte für Nitrat nicht weiter erhöht haben und sich dem europäischen Richtwert (25 mg/l) immer mehr annähern. Der gesetzliche Richtwert in Deutschland beträgt das Doppelte.

### Probleme mit den Pflanzenschutzmitteln

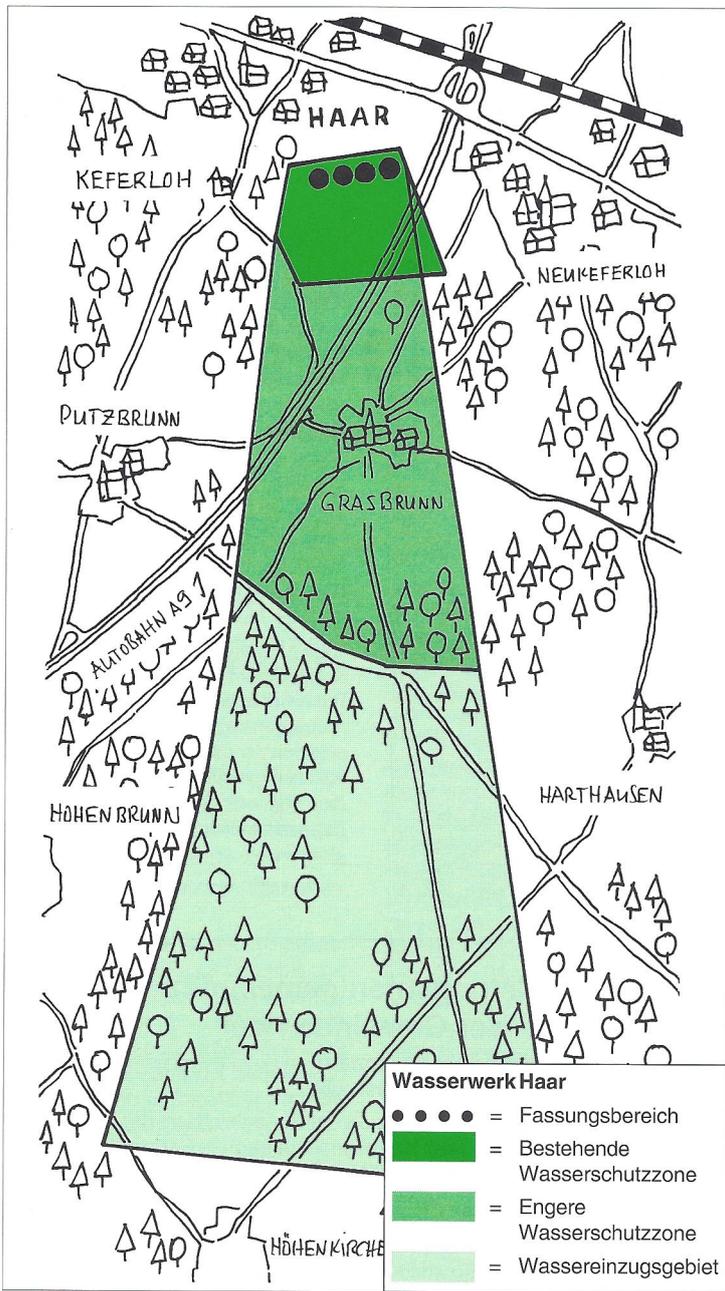
Seit Juni letzten Jahres ist das Herbizid Atrazin für die landwirtschaftliche Anwendung verboten. Dieses Mittel wurde in den letzten beiden Jahren zweimal in geringfügig erhöhter Konzentration im Haarer Trinkwasser gefunden. Wieviel von dieser Substanz, die sich in den Böden befindet, noch in das Grundwasser einwandert, bleibt abzuwarten. In der aktuellen Messung war es jedenfalls kaum mehr nachweisbar.

An seine Stelle ist allerdings ein anderes Pflanzenschutzmittel getreten. Im Breitbandherbizid Pasagran befindet sich die Substanz Bentazon. Dieses wurde in erhöhter Konzentration in einem der vier Brunnen des Haarer Wasserwerkes gefunden. Wir haben auch hier sofort gehandelt und die zuständigen Ämter informiert. Nach unseren Kenntnissen ist eine akute Vergiftung (Toxizität) erst bei 500- bis 1000-fach höheren Konzentrationen gegeben. Das letzte Wort muß nun aber das Gesundheitsamt sprechen. Übrigens wurden aufgrund der Haarer Werte jetzt auch Messungen in anderen Gemeinden durchgeführt. Abschließend noch zur Beruhigung: der zulässige Gesamtwert für alle Pflanzenschutzmittel im Trinkwasser wurde noch nicht überschritten oder auch nur annähernd erreicht.

### Was kann die Gemeinde tun?

Zusammen mit dem Wasserwirtschaftsamt werden seit mehreren Jahren Gespräche mit den Bauern geführt, um eine sachgemäßere Ausbringung von Pflanzendüngern zu erreichen. Nach wie vor sind Gülle und Kunststoffdünger die Quellen des hohen Nitratgehalts im Trinkwasser. Ebenfalls wurde über Alternativen zu den herkömmlichen Herbiziden nachgedacht. Dies führte dazu, daß nun auch die Ausbringung von Pasagran verboten wird. Parallel dazu ist inzwischen der Anbau von Mais im Einzugsgebiet (siehe Graphik) unseres Trinkwassers zurückgegangen. Die wichtigste Maßnahme dürfte jedoch die Erweiterung der Wasserschutzzone sein.

Fortsetzung auf Seite 4



## Gewerbesteuer rückläufig

Zerplatzen die Haarer Hoffnungen auf höhere Einnahmen nach 1994 / 95?

Die Gewerbesteuer-Einnahmen der Gemeinde Haar sind rückläufig. Im Haushalt 1992 sind sie nur noch mit 5 Mio. Mark angesetzt. 1986 betrug sie noch ca. 10 Mio. Mark. Bürgermeister Wehrberger berichtete dem Gemeinderat, daß gegenwärtig von ca. 1300 in Haar angemeldeten Gewerbebetrieben 350 zur Gewerbesteuer herangezogen werden.

Große Hoffnungen, das Gewerbesteuerloch zu stopfen, setzten wir deshalb auf das Gewerbegebiet im künftigen Ortsteil Eglfing. Die Gemeinde konnte hier ihren Einfluß geltend machen, daß sich potente Firmen niederlassen.

Doch, wie's halt im Leben so ist: der

Mensch denkt und Bonn lenkt. Dort hört man immer häufiger, die Bundesregierung sei entschlossen, den Gemeinden die Gewerbesteuer zu kappen. Die großen Zeitungen berichten in ihren Wirtschaftsteilen, der Bundeskanzler habe mit dieser "Reform der Unternehmenssteuer" sein ganzes Prestige verknüpft.

**Eben erst hat die Bayerische Staatsregierung den Gemeinden kräftig in die Briefftasche gelangt. (Siehe Beitrag Dworzak auf Seite 1). Jetzt will der Bund ähnlich verfahren. Hierzu würden wir gerne einmal ein deutliches Wort der CSU-Bundestags- und Landtagsabgeordneten aus unserem Landkreis hören.**



Auch auf dem Garagendach lassen sich Sonnenkollektoren unterbringen. Immer mehr Haarer Bürger entscheiden sich für die Sonne als umweltfreundlichsten Wärmespender. Damit die Anfangsinvestition leichter fällt, gibt es bei der Gemeinde Haar Zuschüsse bis zu 30% der Herstellungskosten. 50.000,- DM sind dafür in den Haushalt 1992 eingestellt.

# „ Sind wir denn verrückt geworden? “

Die neue SPD - Landesvorsitzende Renate Schmidt füllt Säle und Bierzelte  
- Ihr Kennzeichen: Deutliche Sprache • Beispiele für die Steuerlüge

**Renate Schmidt  
spricht in Haar!**

Voraussichtlich im letzten Märzdrittel.  
Dergenaue Termin wird rechtzeitig  
bekanntgegeben.



Foto: Bert Bostelmann

Bundestagsvizepräsidentin Renate Schmidt, die neue SPD- Landesvorsitzende, hat bei ihren zahlreichen Auftritten überall in Bayern volle Säle. Ein "Spiegel"- Mitarbeiter hat die "rote Renate" des längeren begleitet. Hier ein Auszug aus dem 5-seitigen Bildbericht in der "Spiegel"- Ausgabe Nr. 1/92:

"... Tatsächlich pflegt die SPD-Politikerin ihren Zuhörern die 'Steuerlüge' der Union mit der Geschichte vom 'armen kleinen Vorstandsvorsitzenden' eines Kaufhauskonzerns und seiner 'tapferen alleinerziehenden Verkäuferin' nahezu-bringen. Und keineswegs zufällig verfällt sie dabei in den suggestiv flüsternden Singsang einer Oma am Kinderbett, wenn sie darlegt, daß der Direktor - 'weil er so ein armer kleiner Vorstandsvorsitzender ist' - vom CSU-Minister Waigel für sein Kind doppelt soviel bekommt wie seine Angestellte: 'So, und was macht er nun? Gibt er es etwa zurück? Nein, er hat sich was viel Besseres ausgedacht. Er stellt sich dafür eine Hausangestellte an, denn die kann er auch noch von der

Steuer absetzen. Die Verkäuferin ihre Beiträge für einen Krippenplatz oder Kindergartenplatz aber nicht.'..."

"... Längst ist es mucksmäuschenstill geworden im Wollner-Saal von Lauf an der Pegnitz. Rentnerinnen und gestandene Mannsbilder starren gebannt über ihre schweren Bierkrüge auf 'das Madel', das einen Augenblick die vor Empörung stöhnende Stille lasten läßt, bevor sie lospoltert: 'Ja haben wir denn noch alle Tassen im Schrank? Sind wir denn verrückt geworden?'

Naiv? Das ist die 'rote Renate', wie sie in Bayern respektvoll sagen, eine populistische Moralistin, die sich prall ins Dirndl zu schnüren und mit Sprachkraft und Vitalität Bierzelte zu füllen versteht.

Beim Gillamoos in Abensberg, Bayerns drittgrößtem Volksfest, hat sie den Rednern von der CSU und sogar dem Republikaner Schönhuber den Rang abgelau- fen. Der mit 800 Zuhörern besetzte Bierstadl mußte wegen des Andrangs geschlossen werden. ..."

## Wehrberger zum Siemens-Angebot

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,

wie Sie der Tagespresse entnehmen konnten, wurde mir von der Siemens AG die Stelle als Geschäftsführer der Siemens-Betriebskrankenkasse angeboten. Obwohl ich mich in meinem Amt als Bürgermeister sehr wohl fühle und gerne für Haar arbeite, prüfe ich dieses Angebot sehr gewissenhaft. Die Chance als 50jähriger noch einmal etwas Neues anzupacken stellt sich nicht oft. Sobald mein Entscheidungsprozeß abgeschlossen ist, werde ich die Haarer Bürgerschaft umgehend informieren.

Mit freundlichen Grüßen

Hans Wehrberger

Forts. v. Seite 2

## Kommunaler Wohnungsbau ...

(Sport, Freizeit, Schule, Kindereinrichtungen, Seniorenarbeit) könnte sie aus eigener Kraft zusammen mit dem Kapitalmarkt höchstens bis zu 200 Wohnungen übernehmen. Aber auch dies bleibt Wunschdenken.

### Wunschdenken hilft nicht weiter

Niemand ist nach rechtlicher Lage verpflichtet, an die Gemeinde zu verkaufen. Das Eintragen von Vorkaufsrechten wird von den Eigentümern abgelehnt. Ich habe entsprechende Gespräche geführt. Oberster Grundsatz ist bei den Eigentümern die maximale Gewinnspanne. Leider wird die Gemeinde, wie geschehen, immer erst vom Verkauf erfahren, wenn dieser praktisch über die Bühne ist.

Hinzu kommt: Eigener und neuer Wohnungsbau würde dann völlig auscheiden. Es muß deshalb nocheinmal deutlich klargestellt werden: Die Gemeinde kann nicht als Reparaturbetrieb für fehlende Bundeswohnungspolitik auftreten.

Wir machen ehrliche Politik und wollen keine wohlfeilen Versprechen mit kurzen Beinen anbieten. Organisatorisch werden wir die Mieterinitiativen im Jagdfeld weiterhin unterstützen.

### Unsere wichtigsten Forderungen:

- In bestehenden Mietverträgen sollen die Mieten auch unterhalb der ortsüblichen Vergleichsmiete innerhalb von 3 Jahren nur um 10% erhöht werden können.
- In Gemeinden mit erhöhtem Wohnungsbedarf ist die Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen einem strengen Genehmigungsvorbehalt zu unterwerfen.

Auch der Bayerische Städtetag, die Vertretung der Kommunen, wird diese Forderung mit Nachdruck vertreten!

Ich bin der festen Überzeugung, daß nur mit diesen gesetzlichen Voraussetzungen in den Ballungsräumen der Wohnungsproblematik beizukommen ist. Allein der Gesetzgeber kann entsprechende Entscheidungen treffen. Die Bürger haben es in der Hand, bei den nächsten Wahlen für entsprechende Reformen zu sorgen.

**In Haar rührt sich was.  
Wollen Sie mitreden?  
Tel: 4 60 48 18  
Wir laden Sie ein.  
SPD-Ortverein Haar**

## Freiwillige Leistungen an gemeinnützige Einrichtungen der Gemeinde Haar

Die freiwilligen Leistungen an unsere sozialen und kulturellen Einrichtungen sind in den letzten Jahren kontinuierlich gestiegen.

In den nächsten Jahren dürfte nur noch eine Abgleichung der allgemeinen Kostensteigerungen möglich sein. Darüberhinaus trägt die Gemeinde die Kosten für den Unterhalt (Miete, Heizung, Licht etc.)

Jahr	Nachbarschafts- hilfe NBH	Volkshoch- schule VHS	Musikschule Haar MSH
1990	82.000 DM	152.000 DM	118.434 DM
1991	152.000 DM	155.000 DM	166.334 DM
1992	270.000 DM	168.300 DM	175.500 DM

Forts. v. Seite 3

## Reinheitsgebot für Haarer Wasser?

Die Ausweitung der Wasserschutzzone 3b (siehe ebenfalls Graphik) wurde im Juni 1991 von der Gemeinde Haar beim Wasserwirtschaftsamt beantragt. Endgültige Stellungnahmen dieser Behörde liegen noch nicht vor. Nach einer Zwischeninformation soll die Entwicklung der Werte von Herbiziden im Trinkwasser abgewartet werden.

### Weitere Verteuerung des Haarer Wassers

Zum Nulltarif ist die Erweiterung des Wasserschutzgebietes nicht zu haben. Bei der gegenwärtigen Rechtslage sind die Gemeinden verpflichtet, Ausgleichszahlungen an Landwirte zu leisten. Bereits jetzt zahlt die Gemeinde für den Verzicht der Ausbringung von Herbiziden auf Haarer Flur. Ob

dies für die Gemeinde in größerem Umfange überhaupt bezahlbar ist, bleibt abzuwarten. Ausgleichsbeträge sind ertrags- und standortabhängig. Pro Hektar Ackerland sind ca. 100 DM zu veranschlagen.

Ob eine einzelne Gemeinde auf Dauer die Probleme der intensiv betriebenen Landwirtschaft lösen kann, bleibt fraglich. Soll sich der Landwirt als Landschaftspfleger betätigen oder auf biologischen Landbau umstellen? Die Gemeinde Haar ist hier alleine machtlos. Der Bund Naturschutz meint dazu: "Eigentlich wäre es Aufgabe des Bundes und der Länder eine grundwasserverträgliche Landwirtschaft durchzusetzen". Dem ist eigentlich nichts hinzuzufügen; aber wer legt schon gerne die Hände in den Schoß wenn es um die Gesundheit geht.